

# Innovation

## Staatlich finanzierte Ungleichheit

**E**iner der Faktoren hinter dem massiven Anstieg der globalen Ungleichheit und der Konzentration des Wohlstandes an der Spitze der Einkommensverteilung ist das Zusammenspiel zwischen Innovation und globalen Märkten. In den Händen eines versierten Unternehmers kann ein technologischer Durchbruch aufgrund regulatorischer Schutzbestimmungen und des Winner-takes-all-Charakters der globalen Märkte Milliarden Dollar wert sein. Übersehen wird allerdings oftmals die Rolle, die öffentliche Gelder im Zusammenhang mit dieser Konzentration des privaten Wohlstands in unserer Zeit spielen.

Wie der Entwicklungsökonom Dani Rodrik jüngst ausführte, wird in den USA ein grosser Teil der Basisinvestitionen in neue Technologien aus öffentlichen Mitteln finanziert. Diese Finanzierung kann direkt über Institutionen wie das Verteidigungsministerium oder die Gesundheitsbehörde National Institutes of Health (NIH) erfolgen oder indirekt über Steuererleichterungen und Subventionen für wissenschaftliche Laboratorien oder Forschungszentren.

### Private Unternehmen fahren die grossen Gewinne ein

Gerät ein Forschungsvorhaben in die Sackgasse – wie dies zwangsläufig des Öfteren passiert – trägt der öffentliche Sektor die Kosten. Bei Projekten, die am Ende Früchte tragen, präsentiert sich die Situation allerdings häufig anders. Sobald sich eine neue Technologie etabliert hat, wird sie von privaten Unternehmern mithilfe von Risikokapital für die Nachfrage auf dem weltweiten Markt adaptiert. Es werden zeitweilige oder langfristige Monopolpositionen aufgebaut und dabei grosse Gewinne eingefahren. Der Staat, der einen grossen Teil der Entwicklungslast trug, geht leer aus oder bekommt nur wenig ab.



**Kemal Derviş**  
Ehemaliger türkischer  
Wirtschaftsminister und  
Vizepräsident Brookings  
Institution

«Sobald sich eine neue Technologie etabliert hat, geht der Staat, der einen grossen Teil der Entwicklungslast trug, leer aus.»

Ökonom Jeffrey Sachs machte auf das Beispiel Sovaldi aufmerksam. Dabei handelt es sich um ein Medikament zur Behandlung von Hepatitis C. Sachs führt aus, dass Gilead Sciences – das Unternehmen, das dieses Arzneimittel verkauft – im Besitz eines Patents auf die Behandlung ist, das nicht vor 2028 ausläuft. Somit kann Gilead Monopolpreise verlangen: Nämlich 84 000 Dollar für eine zwölf-wöchige Behandlung, also weit mehr als die paar 100 Dollar, die die Herstellung des Medikaments kostet. Im letzten Jahr betrug der Umsatz mit Sovaldi und Harvoni – ein weiteres Arzneimittel, das die Firma um 94 000 Dollar verkauft – insgesamt 12,4 Milliarden Dollar.

Sachs schätzt, dass der Beitrag des privaten Sektors zur Erforschung und Entwicklung von Sovaldi unter 500 Millionen Dollar lag – eine Summe, die Gilead innerhalb von ein paar Wochen im Verkauf wieder einnahm. Das Startup, das dieses Medikament entwickelte, wurde zu grossen Teilen mit US-Steuergeldern finanziert und später von Gilead übernommen.

Es besteht nicht der geringste Zweifel, dass Phantasie, Marketingkompetenz und Managementqualitäten privater Unternehmer für die erfolgreiche Anwendung einer neuen Technologie von entscheidender Bedeutung sind. Und die mit der Kommerzialisierung vieler Innovationen verbundenen Preissenkungen, Produktverbesserungen und die Konsumentenrente sorgen ganz klar für umfassende gesellschaftliche Vorteile. Allerdings darf man die Rolle des Staates bei diesen Erfolgen nicht übersehen.

Aus gemeinsamen Daten von OECD und Eurostat geht hervor, dass im Jahr 2012 in den USA 31 Prozent der Ausgaben für Forschung und Entwicklung direkt aus staatlichen Mitteln stammten. Berücksichtigt man auch indirekte Ausgaben wie Steuererleichterungen, erhöht sich dieser Wert auf 35 Prozent. Dank derartigen öffentlichen Ausgaben erzielen einige private Akteure oftmals enorme Renditen, die wiederum einen Hauptgrund für die exzessive Einkommenskonzentration darstellen.

Es bestehen mehrere Möglichkeiten, ein derartiges System zu ändern. Rodrik schlägt die Gründung öffentlicher Risikokapitalgesellschaften vor – Staatsfonds –, die im Gegenzug für die aus öffentlicher Finanzierung erzielten intellektuellen Fortschritte Aktienbeteiligungen besitzen. Eine andere Lösung bestünde in der Reform der Steuergesetzgebung für den Fall, dass eine Einzelperson oder Firma von öffentlich finanzierter Forschung profitiert.

### Die Beträge tragen zur Entstehung einer neuen Aristokratie bei

Es bestehen allerdings auch andere Lösungsansätze: Die Verschärfung von Patentgesetzen oder, wie dies in vielen Marktwirtschaften geschah, die Verhängung von Preiskontrollen für Monopolbranchen wie den Pharmabereich. Keine Lösung wäre allerdings, weniger öffentliche Mittel für Forschung und Innovation auszugeben – handelt es sich dabei doch um die wichtigsten Motoren des Wirtschaftswachstums.

Es bedarf keiner riesigen Renditen, um viele Talente zu mobilisieren. Eine Gewinnmarge von etwa 50 Prozent über ein paar Jahre wäre eine angemessene Vergütung für besonders gute Unternehmerqualitäten. Ein Vielfaches dieses Prozentsatzes bedeutet letztlich nichts anderes als ein Geschenk der Öffentlichkeit an wenige Einzelpersonen. Es muss eine Mischung aus Massnahmen und internationalen Abkommen gefunden werden, die den Steuerzahlern angemessene Renditen für ihre Investitionen sichern, ohne damit die Anreize für versierte Unternehmer zu beseitigen, innovative Produkte zu vermarkten.

Das Ausmass dieses Problems sollte nicht unterschätzt werden. Die Beträge, um die es in diesem Bereich geht, tragen zur Entstehung einer neuen Aristokratie bei, die ihren Reichtum durch Vererbung weitergeben kann.

## Energiewende Denken beim Lenken

**A**lle sind sich in dieser Hinsicht einig: Die Einführung einer Lenkungsabgabe auf Strom- und Brennstoffe will durchdacht sein. Andernfalls droht diese nicht nur beim Stimmbürger durchzufallen, sondern auch die erwünschte Wirkung bei möglichst wenigen unerwünschten Nebeneffekten einzubüssen. Das Ergebnis dieses Denkprozesses fällt aber je nach Interessenlage unterschiedlich aus.

So ein Denkfehler ist das Fazit, wonach die gescheiterte Energiesteuer-Initiative ein kategorisches Votum gegen die Lenkung des Energieverbrauchs und noch weitreichender gegen die Energiestrategie des Bundesrates sei. Man muss schon vieles vorsätzlich und fahrlässig durcheinanderbringen, um zu einem solchen Schluss zu kommen.

Auch die AEE Suisse als Dachorganisation der Wirtschaft für erneuerbare Energien und Energieeffizienz hat nach gründlicher Abwägung die Initiative nicht unterstützt. Nicht weil sie einen Lenkungsmechanismus per se ablehnt. Ausschlaggebend waren vor allem die Vermengung von Fiskal- und Lenkungszielen sowie das Fehlen einer ausreichenden Übergangszeit von der Förderung zur Lenkung. Beides zusammen gefährdet die Akzeptanz und die Planbarkeit eines solchen Instruments.

Schon im September 2013 stellte der Bundesrat in seiner Botschaft zum ersten Massnahmenpaket



«Ein Marschhalt ist das Gegenteil von Verlässlichkeit.»

**Stefan Batzli**  
Geschäftsführer AEE Suisse, Dachorganisation der Wirtschaft  
für erneuerbare Energien und Energieeffizienz

der Energiestrategie 2050 «die sukzessive Ablösung des bestehenden Fördersystems durch ein Lenkungssystem (...) mit einer Energieabgabe und einer Verteilung an Wirtschaft und Bevölkerung» in Aussicht. So ist es nur konsequent und richtig, dass sich Bundesrätin Eveline Widmer-Schlumpf auch durch das Scheitern der Energiesteuer-Initiative nicht von diesem Ziel abbringen lässt. Denn gerade in Zeiten grosser Unsicherheit gibt verlässliche Politik den Menschen und Unternehmen Orientierung.

Ein «Marschhalt», wie er von manchen vermeintlichen Interessenvertretern der Wirtschaft gefordert wird, ist genau das Gegenteil von Verlässlichkeit und Voraussicht. Heute fliessen Jahr für Jahr mehr als 11 Milliarden Franken ins Ausland vorwiegend für die Lieferung von Erdöl, Gas und Kernbrennstoffen – Klimaschäden und Umwelttrisiken inklusive. Ein abrupter Stopp hätte als

einzigem Effekt, unsere Volkswirtschaft noch länger in der Abhängigkeit von ausländischen Energielieferungen zu halten. Denn während mit heimischen Energien verlässlich gerechnet werden kann, ist die Preisentwicklung von Öl und Gas nicht kalkulierbar. Eine Lenkungsabgabe ist ein Preissignal mit den echten Kosten unseres Energieverbrauchs. Heute und erst recht in Zukunft haben wir alle Möglichkeiten, auf dieses Signal zu reagieren und unseren Energieverbrauch entsprechend zu gestalten.

Aber bei allen guten Gründen für einen Lenkungsmechanismus: Heute stehen wir an dem Punkt, dass wir zunächst das Energiesystem, das uns von Öl, Gas und Uran unabhängig machen kann – nämlich eine dezentrale, saubere, heimische und sichere Versorgung mit erneuerbaren Energien – anstossen müssen. Dazu braucht es bis auf Weiteres die gezielte Förde-

derung der erneuerbaren Energien. Mit der kostendeckenden Einspeisevergütung nutzen wir dafür übrigens den effizientesten Mechanismus für gezielte und nachhaltige Investitionen in ein neues Energiesystem. Bei der Ablösung des Fördersystems durch ein Lenkungssystem muss entsprechend überlegt und abgestimmt vorgegangen werden, bis dieser Umbau weit genug fortgeschritten ist und keine zusätzliche Stimulation mehr erfordert.

### Unterstützung von erneuerbaren Energien ist breit akzeptiert

Ein weiterer Denkfehler ist übrigens die haltlose Behauptung, die Bevölkerung und die Wirtschaft bevorzugen einen Lenkungs- gegenüber einem Fördersystem. Tatsächlich ist die Unterstützung von Energieeffizienz und erneuerbaren Energien breit akzeptiert, die Verteuerung des Energieverbrauchs wird hingegen von jeher kritisch gesehen.

Auch wenn einigen durchaus ein Marschhalt zum Überdenken ihrer Positionen gegenüber dem Aufbruch in eine Energiezukunft, die uns und späteren Generationen eine sichere, saubere, zuverlässige und bezahlbare Energieversorgung garantiert, gut täte – auf sie zu warten, wäre die falsche Wahl.

## DIALOG



**HZ Nr. 11** 12.3.2015 «Swissness für Toblerone zu teuer»  
Das Swissness-Gesetz ist einfach nur dumm. Jemand, der in der Schweiz (teuer) produziert, kann unter Umständen nicht mehr mit dem Schweizerkreuz werben, während jeder ausländische Konzern im Ausland seine Produkte mit Schweizerkreuz oder Swiss markieren kann, wie er will – wie zum Beispiel K-Swiss-Schuhe.  
Heinz Weber

**HZ Nr. 11** 12.3.2015  
«Griechen holen Schwarzgeld in der Schweiz nicht ab»

Das zeigt doch wieder, dass sich in Griechenland nichts verändert hat. Es sind immer noch die korrupten Seilschaften am Werk. Von denen ist doch logischerweise niemand interessiert daran, dass ihre Schweizer Konti geplündert werden.  
Eduard Ender



**HZ Nr. 11** 12.3.2015 «Swissness für Toblerone zu teuer»  
Toblerone will das Matterhorn streichen, wenn die Swissness-Vorlage nicht angepasst wird.  
markenlandschaft  
@Markenplakat

Dann erst recht für Swissness einsteigen! Ciao Toblerone, wenn ich ausländische Schokolade essen will, kann ich die billiger haben!  
Peter A. Brügger  
@pbruegger

Swissness für Toblerone zu teuer: Die Folge von dummen Gesetzen.  
Armin Müller  
@Armin\_Muller

Aus Angst vor teurer Schweizer Milch: Toblerone streicht das Matterhorn.  
Rolf @rolnam

The mountain is shaking. Toblerone might abandon Matterhorn.  
ineszoettl @izoettl

**HZ Nr. 11** 12.3.2015  
«So tickt die Generation Y»  
Millennials wollen eigenverantwortlich handeln.  
@millwischarato



**HZ Nr. 11** 12.3.2015  
«Das grosse Abtischen»  
Eigentlich ein guter Artikel. Ich habe aber die Erfahrung gemacht, dass es Mitarbeiter gibt, welche das papierlose Büro zu einer Religion erhoben haben. Da steht nicht die Arbeit im Vordergrund, sondern das aufgeräumte Pult. Dies sind dann die kleinen Spiesser, welche eine Firma nicht wirklich innovativ vorwärts bringen, und dies kostet täglich mindestens 20 Prozent von deren Produktivi-

tät. Gehe ich durch die Firma und schaue, wer am meisten und am produktivsten arbeitet, sind es die Mitarbeiter mit den vollsten Pults! Auch chaotisch darf es mal sein. Dies bedeutet aber natürlich nicht, dass man nicht immer wieder nach einem Projekt o.Ä. sein Pult räumen sollte – dies ist dann befreiend und gibt Luft, für das nächste «Chaos»!  
Stefan Meier, Reinach BL

### Schreiben Sie uns

Ihre Meinung ist uns wichtig. Wir freuen uns über Kritik, Lob und Anregungen über folgende Kanäle:

**E-Mail:** redaktion@handelszeitung.ch

**Twitter:** twitter.com/handelszeitung

**Facebook:** facebook.com/handelszeitung

**Online:** Posten Sie Ihre Meinung auf www.handelszeitung.ch unter einen Artikel